

ERSTES DIGITALE POLITIK-FORUM

Politik und bdo diskutieren Branchenperspektiven



Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur

Über 500 Zuschauerinnen und Zuschauer verfolgten am 24. Februar an ihren Bildschirmen das erste Politik-Forum des Bundesverbands Deutscher Omnibusunternehmer (bdo). In zwei digitalen Podiumsdiskussionen tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter des bdo mit führenden Politikerinnen und Politikern aus den Bereichen Verkehr und Tourismus aus. Es ging – natürlich – um die Zukunft von Bustouristik und ÖPNV im Zeichen der Corona-Krise. In seinem Grußwort unterstrich Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer die Rolle des Busses für den Mobilitätsmix der Zukunft und dessen Potenziale im Kampf gegen den Klimawandel.

bdo-Präsident Karl Hülsmann dankte dem Bundesverkehrsminister für seine bisherigen intensiven Bemühungen für die Rettung der Reisebusbranche, für die das BMVI ein eigenes Hilfsprogramm aufgelegt hatte. Gleichzeitig warb Hülsmann für verlängerte und verbesserte Rettungs-



Winfried Hermann, Verkehrsminister Baden-Württemberg



Anke Rehlinger, stellv. Ministerpräsidentin, Verkehrsministerin Saarland



Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär, BMVI



Markus Tressel, Mitglied des Deutschen Bundestags



Gabriele Hiller-Ohm, Mitglied des Deutschen Bundestags



Thomas Bareiß, parlamentarischer Staatssekretär, BMVI

maßnahmen zum Schutz der Unternehmen in der anhaltenden Pandemie. Der bdo-Präsident betonte in seinen Ausführungen unter anderem die zahlreichen aktuellen Herausforderungen für die mittelständischen Busunternehmen: Neben der andauernden Corona-Krise bestehen weitere riesige Aufgaben unter anderem aufgrund der laufenden Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) sowie in Folge der Umstellung auf alternative Antriebe im Zusammenhang mit der nationalen Umsetzung der Clean Vehicles Directive der EU. Hier warb Hülsmann nachdrücklich für mittelstandsfreundliche Lösungen.

„Bustouristik 2.0 – Wie gelingt der Restart der Touristik nach der Corona-Pandemie?“ Unter dieser Überschrift diskutierten im ersten Panel des Tages Thomas Bareiß, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, und SPD-Tourismusexpertin Gabriele Hiller-Ohm sowie Markus Tressel, tourismuspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit bdo-Präsident Karl Hülsmann, bdo-Vorstandsmitglied Klaus Schmidt und bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard. Im Panel 2 diskutierten zum Thema „Zukunft ÖPNV: Wie gelingt die Verkehrswende im ländlichen Raum?“ Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Anke Rehlinger, stellvertretende Ministerpräsidentin und Verkehrsministerin des Saarlands, Winfried Hermann, Verkehrsminister Baden-Württemberg, bdo-Präsident Karl Hülsmann und bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard.

Über Parteigrenzen hinweg war bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf dem digitalen bdo-Podium deutlich erkennbar: Die Bedeutung des Busverkehrs ist in der Politik anerkannt. Alle wollen die Leistungsfähigkeit im öffentlichen Personenverkehr erhalten – wenn nicht sogar deutlich ausbauen.

BDO LEGT NEUES RESTART-KONZEPT VOR

So könnte es im Reisebusverkehr wieder losgehen

Die Ausarbeitung zeigt Perspektiven für Unternehmen auf und enthält Leitlinien für einen verantwortungsvollen Neustart im Gewerbe. Das Konzept wurde zuvor im Touristik-Ausschuss des bdo und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden im privaten Busgewerbe erarbeitet und mit Empfehlungen für Hygienemaßnahmen verbunden. Zum Restart der Branche sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard beim bdo-Politik-Forum: „Wir brauchen endlich eine Perspektive für einen Neustart, abgestimmt mit unseren befreundeten Branchen wie der Hotellerie und der Gastronomie. Wir haben mit unserem zuständigen Ausschuss und den Landesverbänden eine solche Öffnungsstrategie für die Bustouristik ausgearbeitet, die wir heute vorlegen, und damit in die weiteren Planungen der Bundesregierung einbringen.“ Gleichzeitig erinnerte Leonard an die Notwendigkeit, die Branche in ÖPNV und Bustouristik in der anhaltenden Krise weiter zu stützen.

BDO BEI ANHÖRUNG IM TOURISMUSAUSSCHUSS DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Mittelstand braucht deutliche Verbesserungen beim Reisesicherungsfonds

Es war ein eindringliches Plädoyer für den Mittelstand. Mit klaren Worten hat bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard am 24. Februar in der Anhörung durch den Tourismusausschuss des Deutschen Bundestages deutliche Verbesserungen am geplanten Reisesicherungsfonds gefordert. Der bdo unterstützt zwar grundsätzlich die Gründung einer Fondsgesellschaft, um Sicherheiten für Kundinnen und Kunden sowie Unternehmen zu schaffen, wie Leonard in der nicht-öffentlichen Sitzung ausführte.

Der Verband sieht aber deutliche Defizite im Entwurf aus dem Bundesjustizministerium, so der bdo in der Anhörung. In seiner jetzigen Konstruktion ginge der Fonds zulasten des Mittelstands und würde die Besonderheiten des Busgewerbes in keiner Weise berücksichtigen. Die Kosten für Prämien würden sich nahezu verfünffachen – und das in einer Zeit, in der die

Branche aufgrund der Corona-Pandemie ohnehin vor enormen Belastungen steht.

Christiane Leonard rief konkret danach, die verpflichtende Fonds-Eintrittsgrenze für Unternehmen auf eine Umschwelle von mindestens 20 Millionen Euro zu erhöhen und die Prämien und Sicherheitsleistungen auf ein realistisches Maß in Höhe von 0,2 Prozent (Prämie) und 2 Prozent (Sicherheitsleistung) zu reduzieren. Zu den Defiziten des Entwurfs und möglichen Verbesserungen sagte Christiane Leonard: „Der geplante Sicherungsfonds ist in dieser Form schlicht und ergreifend unfair und ohne Praxisbezug. Kleine Busreiseveranstalter im landgebundenen Verkehr in Deutschland oder angrenzenden Nachbarstaaten sollen genauso einzahlen wie Konzernveranstalter, die Millionen von Reisegästen in die gesamte Welt fliegen. Dabei haben wir doch gerade zu Beginn des 1. Corona-Lockdowns in Europa bei-

spielhaft gezeigt, dass wir als Branche alle unsere Reisegäste auf eigene Kosten nach Hause bringen konnten, während das Auswärtige Amt mit 50 Millionen Euro aus Steuergeldern die Rückholung aus fernen Ländern organisieren musste. Das ist besonders ärgerlich, weil wir als Mittelstand dann von Konzernen mit Billigreise-Angeboten aus dem Markt gedrängt werden, für deren Rettung wir einstehen und in der Folge auch noch haften müssen. Das darf so nicht kommen.“

„Der bdo fordert für die Gründung und Beauftragung der Fondsgesellschaft ein transparentes und diskriminierungsfreies Verfahren unter Einbeziehung aller betroffenen Verbände. Es ist wichtig, Vertrauen zu schaffen, denn hier geht es neben dem Verbraucherschutz auch um erhebliche wirtschaftliche Interessen. Die Bundesregierung trägt daher mit diesem Gesetz eine sehr große Verantwortung“ so Leonard.

16. KONJUNKTURUMFRAGE DES BDO ERSCHIENEN

bdo-Zahlen zeigen notwendige politische Schritte auf

Es war bereits die 16. Ausgabe der jährlich durchgeführten bdo-Konjunkturumfrage, deren Ergebnisse der Verband im März veröffentlichen konnte. Nie zuvor waren dabei derartige Zahlen festzuhalten. Die Corona-Krise prägte – natürlich – alle Einschätzungen zum Stand der Branche und den Zukunftsaussichten der Unternehmen

Ein Beispiel von vielen: 97 Prozent der Unternehmerinnen und Unternehmen in Touristik und Gelegenheitsverkehr bewerten im Vergleich zum Vorjahr die allgemeine Geschäftslage als ungünstig. Zeitgleich stieg der Anteil der Unzufriedenen im ÖPNV-Sektor um 37 Prozentpunkte auf insgesamt 65 Prozent. Im Fernbussektor schlagen die Reisebeschränkungen ebenfalls durch. Im achten Jahr des Bestehens des Marktes beurteilen insgesamt 93 Prozent der Unternehmen die Geschäftslage des Jahres 2020 im Vergleich zum vorherigen Jahr als ungünstiger.

Die aktuellen Ergebnisse der bdo-Konjunkturumfrage sind zwar niederschmetternd, aber dennoch enorm wichtig. Denn entscheidend für einen möglichst reibungslosen Restart und ein erfolgreiches Wiedererstarben des öffentlichen Personenverkehrs mit Bussen ist es, die tatsächlichen



Im gewohnten Design, aber mit ungewöhnlichen Zahlen: Die bdo-Konjunkturumfrage zeigt die Corona-Krise der Branche

Verhältnisse in der Branche klar zu umreißen. Nur so können passende Schritte eingeleitet werden. Aus diesem Grund hat der bdo im Rahmen der diesjährigen Konjunkturumfrage eine spezielle Sondererhebung zu den Folgen der Corona-Pandemie ergänzt. Sie zeigt, wie tiefgreifend die Krise wirkt – und wo Ansatzpunkte für Besserung liegen.

Wichtig ist unter anderem, dass die Stabilisierung der Branche langfristig ausgerichtet ist. Denn die Schäden sind es auch. Zusammengerechnet 50 Prozent der Befragten gaben an, dass Sie mit

Blick auf die kommenden 24 Monate mit weniger als 60 Prozent des Vorkrisengeschäftes rechnen. 6 Prozent davon müssen derzeit davon ausgehen, dass sie sogar unter 20 Prozent des Vorkrisenniveaus bleiben werden. Ein zweiter Punkt: Bei der Zufriedenheit mit den Hilfsmaßnahmen klafft eine große Differenz. Diese ist auf bestehende Ungerechtigkeiten bei der Unterstützung zurückzuführen, die beispielsweise Mischbetriebe benachteiligt. Solche Fehlsteuerungen müssen aus Sicht des bdo verschwinden. Sie finden die Ergebnisse der bdo-Konjunkturumfrage als PDF unter

<https://www.bdo.org/publikationen>

IMPRESSUM Herausgeber

Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo)
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00
Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00
Internet: www.bdo.org
E-Mail: info@bdo.org
V.i.S.d.P. Christian Wahl
Redaktion Christian Wahl

VOR DER BEFASSUNG DES BUNDESRATS MIT DER CLEAN VEHICLES DIRECTIVE

Busbranche plädiert für nationale Quote für saubere Fahrzeuge

Wir bleiben dabei. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hat Mitte Februar seine Kritik am Kabinettsentwurf zur Umsetzung der Clean Vehicles Directive erneuert und auf konkrete Verbesserungen gedrängt. Im Vorlauf zur Behandlung im Bundesrat informierte der bdo dafür die Bundesländer in einem Schreiben detailliert über die Nachteile der bislang vorgeschlagenen Regelung. Diese sieht feststehende Quoten für saubere Busse mit alternativen Antrieben vor, die bei jedem einzelnen Beschaffungsvorgang zu erfüllen seien. Damit blieben die konkreten örtlichen Bedingungen, Möglichkeiten und Bedürfnisse völlig unberücksichtigt. Vor allem für Kommunen und Verkehrsunternehmen in ländlichen Räumen würden diese neuen Verpflichtungen eine Überforderung mit sich bringen. Volkswirtschaftlich bringt das Konzept des Bundesverkehrsministeriums ebenfalls Nachteile mit sich, da ein hoher administrativer Mehraufwand entstünde und die Investitionen in die neue Fahrzeugtechnik weniger effizient erfolgen würden. Der bdo plädierte daher weiterhin für eine bundesweit einheitliche Quote.

Zur nationalen Umsetzung der Clean Vehicles Directive in Deutschland sagte die stellvertretende bdo-Hauptgeschäftsführerin Anja Ludwig: „Die Umstellung der Busflotten auf alternative Antriebstechnologien muss zunächst vor allem dort erfolgen, wo Verbesserungen der Luftqualität am dringendsten benötigt werden und sich die entsprechenden Veränderungen auch am effizientesten umsetzen lassen. Wenn wir die Potenziale der Clean Vehicles Directive wirklich nutzen wollen, muss es eine nationale Quote für die Umstellung der Fahrzeugflotten im ÖPNV geben. Eine starre Anwendung der Vorgaben auf jeden einzelnen Beschaffungsprozess würde hingegen zu enormen unnötigen Kosten führen und Kommunen wie auch Verkehrsunternehmen zum Teil massiv überfordern.“

Zur Bedeutung der Clean Vehicles Directive für den Mittelstand sagte Anja Ludwig weiter: „Die Umstellung auf alternative Antriebstechnologien stellt in der unternehmerischen Praxis eine riesige Herausforderung dar, die den reinen Beschaffungsprozess für Fahrzeuge weit überschreitet. Der Aufbau der Ladeinfrastruktur, Neuerungen in der Werkstatt, veränderte Ab-



Nur mit einer nationalen Quote können wir die Potenziale der Clean Vehicles Directive wirklich nutzen, meint Anja Ludwig

läufe und Planung, Fortbildungen für das Personal und auch die unvermeidbaren Doppelstrukturen bringen gewaltige Belastungen mit sich. Um das stemmen zu können, ist ein besonders effizientes Vorgehen notwendig. Und auch die Kommunen sind in einer Zeit hoher Corona-bedingter Staatsausgaben auf eine effiziente Umsetzung dringend angewiesen. Die nationale Quote ist volkswirtschaftlich sinnvoll und umweltpolitisch intelligent.“

Die gute Nachricht mit Blick auf die weitere Entwicklung lautet: Am 5. März folgte der Bundesrat der Einschätzung der Busbranche und votierte für eine nationale Quote. Der bdo bleibt am Thema dran.

APPEL AN TOURISMUSMINISTERINNEN UND TOURISMUSMINISTER DER EU-MITGLIEDSTAATEN

Einheitliche EU-Regeln werden dringend gebraucht

der EU unter anderem so schnell wie möglich klare und einheitliche Standards und Prozesse für den grenzüberschreitenden Verkehr geschaffen werden. Zudem sollen verbindliche und abgestimmte Regeln für den Umgang mit Tests und Impfungen aufgestellt werden, die der Reisebusbranche eine Perspektive für den Restart eröffnen. Die Botschaft: Der bdo unterstützt grundsätzlich die Einführung eines digitalen Impfpasses, der Abläufe vereinfacht und Möglichkeiten eröffnet. Es muss aber auch so schnell wie möglich sichergestellt werden, dass für die Zeit bis dahin eine andere einfache und transparente Möglichkeit geschaffen wird, geimpften Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Reisemöglichkeiten zu eröffnen.

Mit Blick auf die informelle Tagung der Tourismusministerinnen und Tourismusminister der EU-Mitgliedstaaten sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard in Berlin: „Die Busbranche in Deutschland leidet seit einem Jahr massiv unter nationalen und internationalen Fahrverboten sowie Einschränkungen des öffentlichen

Lebens und Grenzschießungen. Die EU steht jetzt in der Verantwortung, durch kluge Maßnahmen die ohnehin schon dramatischen Folgen der Corona-Pandemie für die Reisewirtschaft so gering wie nur irgend möglich zu halten. Wir rufen daher nachdrücklich auf, heute die dringend notwendige Abstimmung innerhalb der EU schnell voranzutreiben – und Perspektiven für Unternehmen und Beschäftigte zu schaffen. Es ist von zentraler Bedeutung für unsere Branche, dass jetzt EU-weit die Regelungen zu Reisebeschränkungen, Impfbescheinigungen und Testanforderungen koordiniert werden.“

In Briefen hat der bdo gleichzeitig gegenüber den Bundesministerien für Gesundheit, für Verkehr und digitale Infrastruktur, für Wirtschaft und Energie, für Justiz und Verbraucherschutz sowie gegenüber dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium des Inneren unter anderem dafür geworben, in Deutschland und Europa für eine einheitliche und verlässliche Regelung bei Nachweisdokumenten und Plänen für Lockerungen für Geimpfte zu sorgen.



Die EU steht in der Verantwortung, sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard

Es geht um Planbarkeit und Perspektiven. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hat am 1. März anlässlich der informellen Tagung der Tourismusministerinnen und Tourismusminister der EU-Mitgliedstaaten nach der zeitnahen Einführung einheitlicher Regeln für den Reiseverkehr gerufen. Aus Sicht der Busunternehmen in Deutschland ist es dringend notwendig, dass innerhalb

VOR DEM VERBÄNDEGIPFEL MIT BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTER ALTMAIER

bdo für weitere Impulse für Schutz der Unternehmen

Zu überhören war das nicht. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hatte für den Verbändegipfel im Bundeswirtschaftsministerium die Forderungen der Busbranche noch einmal nachdrücklich formuliert. Der Verband rief Mitte Februar für die mittelständischen Unternehmen nach einem klaren Konzept für den bundesweiten Restart und die Umsetzung der versprochenen „Bazooka“-Hilfspolitik

Grundlage für die Argumentation waren die Ergebnisse einer aktuellen Verbandsbefragung. Diese belegen, dass Unterstützung weiterhin dringend Not tut: 83 Prozent der Busunternehmerinnen und Busunternehmer gaben in der bdo-Konjunkturumfrage an, dass sie sich mehr Hilfen

wünschen bzw. von den bisherigen Hilfen enttäuscht sind und sich alleingelassen fühlen. Die Folgen der Corona-Krise werden zudem langfristigen Schaden im öffentlichen Personenverkehr anrichten, wenn jetzt nicht aktiv gegengesteuert wird. Denn: Die Hälfte der Busunternehmen in Deutschland rechnet für die kommenden zwei Jahre mit weniger als 60 Prozent der Einnahmen der Vorkrisenzeit.

bdo-Präsident Karl Hülsmann formulierte im Rahmen des Verbändegipfels seine Erwartungen an Wirtschaftsminister Peter Altmaier: „Dieser Gipfel muss ein echter Wendepunkt für die Sicherung von Unternehmen und Arbeitsplätzen in der Busbranche werden. Aktuelle Zahlen unserer Konjunkturumfrage zeigen, dass die

Not riesig ist und die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise noch lange anhalten werden. Wir brauchen jetzt klare Impulse, mit denen wir unsere Unternehmen schützen und stützen. Wir rufen nach einem klaren Re-Start-Konzept, das für Planbarkeit und Perspektiven sorgt.

Alleingänge und Auseinandersetzungen zwischen den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, wie aktuell zur Osterreisendebatte, sind das Letzte, was die Menschen jetzt brauchen. Zudem müssen die Hilfen weiter dringend nachgeschärft werden. Die versprochene Hilfs-Bazooka ist noch immer nicht zur Wirkung gebracht worden. Das muss sich ab dem heutigen Tag ändern.“

BUSBRANCHE KRITISIERT ERGEBNISSE DER BUND-LÄNDER-KONFERENZ AM 3. MÄRZ

Perspektiven fehlen weiter

Für die Reisebusbranche war wieder nichts dabei. Die Bund-Länder-Konferenz am 3. März verschob die Entscheidung zu Lockerungen im Reisesektor auf den 22. März – und verwehrte Bustouristik-Unternehmen damit erneut jede Planbarkeit. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) hat mit Enttäuschung auf die fehlende Perspektive für die Reisebranche bei möglichen Lockerungen der Corona-Einschränkungen reagiert. Die Busbranche appellierte gleichzeitig an die Politikerinnen und Politiker in Bund und Ländern, die Zeit bis zu den nächsten Bund-Länder-Verhandlungen gut zu nutzen. Es müssen schnell Kapazitäten und Konzepte für eine umfassende und wirksame Teststrategie geschaffen werden, die neue

Freiheiten ermöglichen. Und es braucht ein klares einheitliches Regelwerk, das Bewegungsfreiheit für die wachsende Zahl der Geimpften ermöglicht – für ganz Deutschland und Europa.

bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard sagte zu den Ergebnissen: „Die Ergebnisse der Bund-Länder-Verhandlungen sind für die Busbranche vollkommen unbefriedigend. Es wurden zwar einige Lockerungen beschlossen, für unsere Unternehmen fehlt aber weiter jede Perspektive. Und dies, obwohl sich die Busbranche hervorragend auf einen Restart vorbereitet hat. Es ist wichtig, den vielen Menschen, die in der nun schon seit einem Jahr anhaltenden Lage von Vereinzelung bedroht sind, die Möglichkeit für

risikoarmes Reisen zu eröffnen. Der Bus bietet beste Voraussetzungen für einen verantwortungsbewussten Neustart für den Reiseverkehr in der bevorstehenden neuen Pandemiephase mit einer wachsenden Zahl von Geimpften.“

Ebenfalls am 3. März hatte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christine Leonard die Position der Busunternehmen gegenüber den Mitgliedern des Tourismusausschusses des Deutschen Bundestages im Fachgespräch zum Thema „Neustart des Tourismus“ vorgetragen. Dabei verwies sie auf das vorliegende Konzept für den verantwortungsvollen Restart der Branche und die guten Voraussetzungen für ein möglichst sicheres Reisen in Bussen.

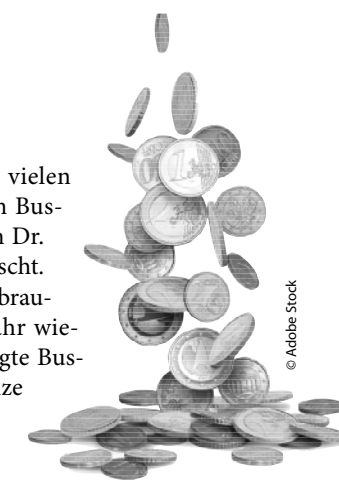
WBO SIEHT MASSIVEN AKZENT IN RICHTUNG ALTERNATIVE ANTRIEBE

Busförderung in Baden-Württemberg: Elektro hui - Diesel pfui

Seit Jahrzehnten fördert Baden-Württemberg die Beschaffung von Bussen im Linienverkehr. Deshalb hat das „Ländle“ die Busflotte mit dem niedrigsten Durchschnittsalter aller bundesdeutschen Flächenländer. Vor allem private Busunternehmen haben von der GVFG-Förderung immer regen Gebrauch gemacht. Das könnte in diesem Jahr erstmals anders werden. Das Verkehrsministerium setzt 2021 einen massiven Akzent in Richtung alternative Antriebsformen. In der ersten Förderkategorie werden ab sofort Fahrzeuge mit batterieelektrischem Antrieb, Brennstoffzellenbusse oder Oberleitungsbusse mit bis zu 200.000 Euro gefördert. Der Förderbetrag für einen „her-

kömmlichen“ Dieselbus bleibt bei 40.000 Euro. „Die Busförderung ist somit erkennbar auf die CVD zugeschnitten“, so WBO-Geschäftsführer Dr. Witgar Weber. Aus Sicht des WBO braucht es aber weiter Unterstützung für Dieselbusse: „Auch unter dem Regime der CVD sind Dieselbusse zulässig und notwendig, wenn das vom Land selbst gesetzte Ziel, Verdoppelung des ÖPNV-Anteils bis 2030, erreicht werden soll“, betont Dr. Weber. Die neuen Förderbedingungen sind daneben aus beihilferechtlichen Gründen so gehalten, dass kommunale Unternehmen mit ihnen klarkommen können, eigenwirtschaftlich tätige Unternehmen jedoch immer weniger. „Das ist ein

Bruch mit einer seit vielen Jahren gut laufenden Busförderung“, zeigt sich Dr. Witgar Weber enttäuscht. Fazit des WBO: „Wir brauchen ab nächstem Jahr wieder eine breit angelegte Busförderung für das ganze Land und nicht nur die Ballungsräume. Mit dieser Förderung werden wir die neue Landesregierung konfrontieren.“ Die Landtagswahl ist am 14. März.



Das Fördergeld fällt demnächst wohl vor allem in Richtung der kommunalen Unternehmen